

BGE 56 I 223

Bundesgericht (BGE), 1926-11-09, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_56_I_223

FR: ATF 56 I 223

IT: DTF 56 I 223

Volltext

222 Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege. mercial) de ces ouvriers. Or, il ne peut y avoir de doutes qu'en l'espace les travaux de mise en état d'équipement électrique des automobiles, ainsi que ceux des aides des mécaniciens qui les exécutent, tout en ayant certains points de contact avec l'activité commerciale: . relevent toutefois essentiellement de l'exploitation technique et industrielle des réparateurs. Peu importe à cet égard qu'une partie de ces travaux soit exécutée dans le garage et non dans l'atelier. Aux termes de l'art. 2 al. 1 de l'ordonnance d'exécution sont en effet réputés ouvriers même les personnes que le fabricant occupe «au dehors », pourvu que leurs travaux soient en corrélation avec l'exploitation industrielle. 4. - Les réparateurs alléguent que leur atelier de réparations ne peut être assujéti à la loi sur le travail dans les fabriques, les prescriptions de celle-ci étant incompatibles avec leur genre d'activité. Mais il n'y a aucun motif de se départir de la pratique constante du Conseil fédéral, d'après laquelle les ateliers mécaniques et en particulier les ateliers de réparations d'automobiles tombent sous la loi sur les fabriques. Du reste la prescription de l'art. 178 II a 10 de l'ordonnance d'exécution et la possibilité d'obtenir des permis de travailler le dimanche permettent aux réparateurs de concilier les particularités de leur exploitation avec les exigences de la loi. Par ces motifs, Le Tribunal fédéral rejette le recours. OFDAG Offset-, Formular- und Fotodruck AG 3(XX) Sem STAATSRECHT - DROIT PUBLIC -- I. GLEICHHEIT VOR DEM GESETZ (RECHTSVERWEIGERUNG) EGALITE DEVANT LA LOI (Dm DE JUSTICE) 39. Orteil vom 30. September 1930 i. S. Xoch gegen Eabermacher. Gerichtlicher Vergleich: inwiefern begründet er die Einrede der res judicata Tatbestand : Der Rekurrent hatte sich durch gerichtlichen Vergleich gegenüber den Rekursbeklagten (seinen ausserehelichen Kindern) verpflichtet, dieselben entweder zu versorgen oder aber nach seiner Wahl mit monatlichen Unterhaltsbeiträgen zu unterstützen. In der Folge verlangten die letzteren vor dem Zivilrichter eine Unverbindlicherklärung des Vergleiches wesentlich in dem Sinn, dass der Rekurrent sein Wahlrecht verliere. und schlechthin zu Unterhaltsbeiträgen verpflichtet sei. Der Rekurrent bestritt seine Einlassungspflicht, wurde aber vom Obergericht Luzern mit dieser Einrede abgewiesen. Dagegen erhebt der Rekurrent staatsrechtliche Beschwerde wegen Verletzung von Art. 4 BV, weil die neuerliche Einklagung einer durch gerichtlichen Vergleich erledigten Sache unzulässig sei. AS 56 1-1930 16 224 Staatsrecht. Aus den Eröffnungen: Der Uckerländer behauptet (eine willkürliche Verletzung von § 114 Ziff. 2 und 3 der iurem. Zivilprozessordnung. Diese Bestimmung lautet : . «Für ein- und allemal kann die Antwort verweigert werden: ... 2. weil die gleiche Klage bereits rechtskräftig beurteilt oder 3. weil über den Streit bereits ein im Sinne des § 326 dieses Gesetzes gerichtlich beurkundeter Vergleich abgeschlossen wurde. » Dass keine willkürliche Verletzung von ZPO § 114 Ziff. 2 vorliegt, ist ohne weiteres klar, denn eine gerichtliche Beurteilung hat nie stattgefunden. Dagegen liegt - Wie auch die kantonalen Gerichte anerkennen - ein im Sinne des § 326 der ZPO beurkundeter, d. h.

gerichtlicher Vergleich vor. Unter einem gerichtlichen oder Prozessvergleich versteht man einen Vertrag der Parteien, durch den ein Prozess beseitigt wird. Ein solcher Vergleich hat somit sowohl eine materiellrechtliche Seite (Vergleichsabschluss) wie auch eine prozessrechtliche (Beseitigung des Prozesses) und untersteht infolgedessen zum Teil dem Zivilrecht und zum Teil dem Prozessrecht (vgl. z. B. ROSENBERG, Zivilprozessrecht, H. Auf I. S. 424; BECKER, Kommentar zu OR Art. 24 Note 20). Infolgedessen kann er nicht nur aus prozessualen Gründen, sondern auch aus Gründen des materiellen Rechtes nichtig oder anfechtbar sein. Die Geltendmachung dieser materiellen Nichtigkeits- oder Anfechtbarkeitsgründe wird – nach allgemeiner Auffassung – dadurch nicht ausgeschlossen, dass der privatrechtliche Vertrag in ein prozessuales Gewand gekleidet ist (vgl. FÜRST, Prozessvergleich S. 93 ff.; Entscheidungen des deutschen Reichsgerichtes Bd. 78 S. 287 ff.; Seuffert's Archiv, Bd. 78 S. 174/5). Dahingestellt kann bleiben, ob eine Verletzung des Bundesrechts vorliegen würde, wenn gleichwohl ein Kanton Gleichheit vor dem Gesetz (Rechtsverweigerung) No. 39. 225 durch seine positive Gesetzgebung die Geltendmachung materiell-rechtlicher Nichtigkeits- oder Anfechtbarkeitsgründe gegenüber einem Prozessvergleiche verbieten oder verunmöglichen würde. Jedenfalls hat sich das Luzerner Obergericht keiner Willkür schuldig gemacht, wenn es ein solches Verbot aus § 114 Ziff. 3 nicht gefolgert hat. Diese Bestimmung lässt sich – jedenfalls ohne Willkür-einschränkend dahin auslegen, dass der Beklagte gestützt auf diese Bestimmung die Antwort nur dann verweigern darf, wenn der vergleichsweise erledigte Streit neuerdings rechtshängig gemacht wird, ohne dass vorher zum mindesten gleichzeitig die Aufhebung oder Abänderung des Vergleichs wegen des Vorliegens materiellrechtlicher Anfechtungsgründe erfolgt wird. Wird hingegen in diesem letztem Sinne ein Begehren gestellt, so lässt sich, jedenfalls ohne Willkür, die Auffassung vertreten, dass dieses Begehren eine Änderung der Streit Sache sei und dass – nach dessen Gutheissung – der Neuregelung der seiner Zeit durch Vergleiche erledigten Streit Sache die Einrede des rechtskräftigen Vergleiches nicht mehr entgegenstehe. Das Rechtsbegehren der Kläger gelte nun aber nach seiner Begründung auf eine wenigstens teilweise Aufhebung und Abänderung der Vergleiche vom 23. Mai 1925 wegen Vorliegen eines materiellrechtlichen Nichtigkeitsgrundes. Das Resultat wäre auch höchst unbefriedigend, wenn jedes materiellrechtliche Anfechtungsrecht mit der gerichtlichen Beurkundung des Vergleiches dahinfallen würde. Die Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit eines Prozessvergleiches ist nicht immer offenbar und nicht selten von Umständen abhängig, die dem beurkundenden Richter nicht bekannt sind. Auch befördern die Gerichte die Vergleichsabschlüsse im Interesse des Rechtsstaates (Herstellung des Rechtsfriedens) und im eigenen Interesse (Verminderung der Arbeitslast) und nehmen daher nicht selten die Beurkundung eines Vergleiches selbst dann vor, wenn sie betreffs dessen materiellrechtlicher Gültigkeit Bedenken haben. Es bietet demnach die gerichtliche Beurkundung den Parteien keinen genügenden Schutz. Es muss die Möglichkeit bestehen, Prozessvergleiche auch nachträglich noch anzufechten. Etwas gegenteiliges kann auch nicht etwa daraus gefolgert werden, dass der Prozessvergleich wie ein gerichtliches Urteil vollstreckbar ist, das gerichtliche Urteil aber nachträglich nur in seltenen Fällen (Revision) beseitigt werden kann; denn die rechtliche Natur beider ist völlig verschieden. Das Urteil stellt einen autoritativen Akt der Staatsbehörde dar, während der Vergleich an sich die Natur eines Privatvertrages hat. Ob im vorliegenden Falle die beiden Vergleiche, d. h. das darin mit Zustimmung der Vormundschaftsbehörde dem Rekurrenten eingeräumte Wahlrecht, zwingenden Rechtsvorschriften widerspricht und daher ungültig ist, sowie auch welchen Einfluss dieses

eventuell auf die Alimentationsverpflichtungen des Rekurrenten ausübt, sind keine Fragen prozessrechtlicher, sondern Fragen materiellrechtlicher Natur, die - wie unter lit. a ausgeführt wurde - dem Bundesgericht als Berufungsinstanz unterbreitet werden können. 40. Sentenz. 27 settembre 1930 nella causa 'rognetti contro l'lcino. Diritto di bono. - Non e arbitrario il ritenere, ehe i eontratti 6\$3rati nel C8ontone Tieino e destinati 80 far fede in giudizio sumo sottomessi 801 diritto di bollo tieinese anche se, essi eon- tengono una. cla.usola eompromissoria e 180 parti seiegliono domicilio fuori deI Cantone. - Ogni esempla.re deI contra.tto pu<>, senza a.rbitrio, essere a.ssogettato 801 diritto di bollo. A. - Secondo la legislazione ticinese disciplinante il regime della carta bollata od il diritto di bollo, tutti gli atti destinati a far fede in giudizio sono· soggetti ad un diritto di 00110 proporzionato al 10ro valore dell'uno per mille. In oaso di contravvenzione, la multa(sanatoria) ~ Gleichheit vor dem Gesetz (Rechtsverweigerung). N0 40. 227 di dieci volte il diritto di bollo maneante, piu l'importo della tassa di bollo sottratta (art. 2 e 3 dei decreto legia- lativo 15 maggio 1918 regolante 180 panalita per le eontrav- venzioni alle leggi sul 00110). Tra il rieorrente Serafino Tognetti in Lugano ed A. Ziegler in Zurigo, fu stipulato un eontratto recante 180 data « Chiasso, 9 novembre 1926 l), mediante il quale essi eonvenivano di fondare, in forma legale e seondo le disposizioni deI eodiee italiano, una soeietà per un tempo indeterminato e eon sede in Italia, sotto la ragione soeiale «Sooietà anonima A. Ziegler, Fabbrirea italiana di prodotti disinfettanti ». B. - L'esemplare originale di questo eontratto si troverebbe, 80 quanta in seguito ebbero ad affermare Ziegler e Tognetti sotto sequestro presso 180 R. Prooura in Como. Ma e pacifico ehe esistono due altre eopie (od esemplari), munite esse pure delle firme originali dei eon- traenti e portanti la data «Chiasso, 9 novembre 1926», Questi atti si trovano all'inearto e vi pervennero per il tramite deI proouratore pubblico tieinese, il quale li spediva 801 Dipartimento cantonale delle Finanze ehe, in due deereti separati deI 12 giugno e 2 luglio 1929, applicava loro una sanatoria di 1562 fehi. (sanatoria 1420 fehi. piu bollo 80ttrato 142 fchi. = 1562 fehi.), ritenendo ehe il valore deI eontratto fosse di 142000 fchi. O. - Dietro rieorsi separati di Tognetti e Ziegler - il quale ultimo, tra altro, ebbe a lagnarsi del ruodo abusivo in eui era stato eomputato il valore deI eontratto, ritenen- dolo non superiore a 40000 fehi., - il Consiglio di Stato, con risoluzione deI 15 novembre 1929, pronunciava: 1. I rieorsi sono respinti e le sanatorie indicate neUe premesse eonfermate a carleo solidale dei Sigg. Tognetti e Ziegler. 2. Una tassa di giustizia di 10 fchi. e le spese sono a carleo pure solidale dei ricorrenti. Ziegler si adagiava 80 questa sentenza; non eosi il Tognetti, il quale ricorse al Tribunale federale diehiarando

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.